

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	27
Einleitung	31
A. Problemaufriss	31
B. Gegenstand, Zielsetzung und Gang der Arbeit	37
Teil 1: Begriff und Voraussetzungen der dezentralen Durchsetzung	40
A. Der Begriff der „dezentralen Durchsetzung“	40
I. Zum Begriff der „Durchsetzung“	40
II. Dezentrale Durchsetzung in Abgrenzung zur zentralen Durchsetzung	42
B. Voraussetzungen der dezentralen Durchsetzung von Unionsabkommen	44
I. Die unionsinterne Geltung von Unionsabkommen	45
II. Der Vorrang der Unionsabkommen vor unionsinternem Recht ..	47
III. Die unionsinterne Anwendung von Unionsabkommen	47
C. Zusammenfassung	54
Teil 2: Die Vorgaben des WTO-Rechts zu seiner dezentralen Durchsetzung	55
A. Die grundsätzliche Möglichkeit der dezentralen Durchsetzbarkeit des WTO-Rechts	56
I. Kein a priori-Ausschluss der dezentralen Durchsetzbarkeit	56
II. Die Eignung des WTO-Rechts zur internen Anwendbarkeit	57
III. Interne Geltung und Vorrang des WTO-Rechts	69
B. Dezentrale Durchsetzung durch in den WTO-Abkommen normierte Verpflichtung zur internen Anwendung von WTO-Recht	70
I. Ermittlung der Vorgaben zur internen Anwendung	70
II. Dezentrale Durchsetzung durch Verpflichtung zur unmittelbaren Anwendung	74

III. Dezentrale Durchsetzung durch Verpflichtung zur mittelbaren Anwendung	81
IV. Dezentrale Durchsetzung durch Verpflichtung zur WTO-rechtskonformen Auslegung internen Rechts	103
V. Zusammenfassung	104
C. In den WTO-Abkommen angelegte Dezentralisierung von Aufgaben der Normdurchsetzung	105
I. Die Übereinkommen über unilaterale Ausgleichsmaßnahmen – Ermöglichung der dezentralen Durchsetzung des WTO-Rechts gegenüber Drittstaaten?	105
II. Das Übereinkommen über Vorversandkontrollen	114
D. Zusammenfassung	118
Teil 3: Geltung und Verbindlichkeit des WTO-Rechts in der Europäischen Union	121
A. Die WTO-Übereinkommen als gemischte Abkommen	122
I. Entwicklung der Vertragsabschlusskompetenzen der Union bis zum Vertrag von Lissabon	122
II. Die unionsinterne Geltung des WTO-Rechts als gemischtes Abkommen	124
III. Konsequenzen der eingeschränkten unionsinternen Geltung des WTO-Rechts	131
B. Änderungen durch den Vertrag von Lissabon	132
I. Die Vertragsabschlusskompetenzen der Union nach dem Vertrag von Lissabon	132
II. Geltung des WTO-Rechts in der EU nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon	134
III. Konsequenzen für die WTO-Mitgliedschaft der EU-Mitgliedstaaten	134
C. Zusammenfassung	136
Teil 4: Die unionsinterne Anwendung des WTO-Rechts und die Folgen für dessen dezentrale Durchsetzung	137
A. Unmittelbare Anwendung des WTO-Rechts	137
I. Unmittelbare Anwendung des WTO-Rechts bei der Überprüfung der Rechtmäßigkeit von Unionshandlungen	138

II. Unmittelbare Anwendung des WTO-Rechts bei der Überprüfung der Rechtmäßigkeit von Handlungen der Mitgliedstaaten durch den EuGH	150
III. Unmittelbare Anwendung des WTO-Rechts bei der Überprüfung von Handlungen der Mitgliedstaaten durch nationale Gerichte ..	168
IV. Zusammenfassung	185
B. Mittelbare Anwendung des WTO-Rechts	185
I. Mittelbare Anwendung des WTO-Rechts bei der Überprüfung von Unionshandlungen im Rahmen der Nakajima-Rechtsprechung	186
II. Mittelbare Anwendung des WTO-Rechts bei der Überprüfung von Unionshandlungen im Rahmen der Fediol-Rechtsprechung	245
III. Mittelbare Anwendung des WTO-Rechts bei der Überprüfung drittstaatlicher Handelspraktiken durch die handelspolitischen Schutzinstrumente der Union	258
IV. Mittelbare Anwendung des WTO-Rechts bei der Überprüfung von Handlungen der Mitgliedstaaten durch nationale Gerichte ..	267
V. Zusammenfassung	269
C. Anwendung des WTO-Rechts im Rahmen der Verpflichtung zur WTO-rechtskonformen Auslegung	270
I. Unionsrechtliche Verpflichtung zur WTO-rechtskonformen Auslegung von Unions- und mitgliedstaatlichem Recht	271
II. Umfang und Grenzen der Verpflichtung zur WTO-rechtskonformen Auslegung	275
III. Abgrenzung und Verhältnis der WTO-rechtskonformen Auslegung zur mittel- und unmittelbaren Anwendung des WTO-Rechts	295
IV. Abgrenzung der WTO-rechtskonformen Auslegung zur Auslegung des WTO-Rechts durch den EuGH	297
V. Relevanz der WTO-rechtskonformen Auslegung für die dezentrale Durchsetzung des WTO-Rechts	299
D. Nichtanwendung des WTO-Rechts durch Hinzuziehen von Unionsrecht	303
E. Zusammenfassung	305

Teil 5: Prozessuale Möglichkeiten der dezentralen Durchsetzung des WTO-Rechts in der Europäischen Union	306
A. Dezentrale Durchsetzung gegenüber Unionshandlungen	306
I. Prozessuale Möglichkeiten von Organen der EU und Mitgliedstaaten	306
II. Prozessuale Möglichkeiten von natürlichen und juristischen Personen	307
B. Dezentrale Durchsetzung gegenüber Handlungen der Mitgliedstaaten	317
I. Prozessuale Möglichkeiten von Organen der EU und der Mitgliedstaaten	317
II. Prozessuale Möglichkeiten von natürlichen und juristischen Personen	317
C. Dezentrale Durchsetzung gegenüber Handlungen von Drittstaaten ...	318
I. Die Handelshemmnisverordnung	319
II. Die Antisubventionsverordnung	319
D. Dezentrale Durchsetzung gegenüber Privaten	322
I. Die Antidumpinggrundverordnung	322
II. Das Übereinkommen über Vorversandkontrollen	323
Teil 6: Funktionaler Zusammenhang zwischen zentraler und dezentraler Durchsetzung des WTO-Rechts	325
A. Die zentrale Durchsetzung des WTO-Rechts	325
I. Das WTO-Streitbeilegungsverfahren	325
II. Der Trade Policy Review Mechanism	328
B. Funktionen der zentralen und dezentralen Durchsetzung	328
C. Formen eines Zusammenhangs zwischen zentraler und dezentraler Durchsetzung	331
D. Zusammenhang zwischen zentraler und dezentraler Durchsetzung des WTO-Rechts de lege lata	333
I. Autonome dezentrale Durchsetzung des WTO-Rechts	334
II. Die WTO-Regelungen über interne Beschwerdeverfahren	336
III. Die Übereinkommen über unilaterale Ausgleichsmaßnahmen ...	339
IV. PSI-Verfahren	341

E. Verknüpfung von zentraler und dezentraler Durchsetzung de lege ferenda: Ein Vorabentscheidungsverfahren auf WTO-Ebene?	341
I. Ausgestaltungsmöglichkeiten eines Vorabentscheidungsverfahrens	342
II. Auslegung des WTO-Rechts im Rahmen eines Vorabentscheidungsverfahrens	342
III. Vorteile eines Vorabentscheidungsverfahrens auf WTO-Ebene ..	344
IV. Errichtung eines Vorabentscheidungsverfahrens als Weg zur unmittelbaren Anwendung des WTO-Rechts?	345
F. Zusammenfassung	346
Teil 7: Ergebnisse in Thesen	347
Anhang: Short English Summary	353
Literaturverzeichnis	355

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	27
Einleitung	31
A. Problemaufriss	31
B. Gegenstand, Zielsetzung und Gang der Arbeit	37
Teil 1: Begriff und Voraussetzungen der dezentralen Durchsetzung	40
A. Der Begriff der „dezentralen Durchsetzung“	40
I. Zum Begriff der „Durchsetzung“	40
II. Dezentrale Durchsetzung in Abgrenzung zur zentralen Durchsetzung	42
B. Voraussetzungen der dezentralen Durchsetzung von Unionsabkommen	44
I. Die unionsinterne Geltung von Unionsabkommen	45
II. Der Vorrang der Unionsabkommen vor unionsinternem Recht ..	47
III. Die unionsinterne Anwendung von Unionsabkommen	47
1. Konsequenzen von Geltung und Rang für die Anwendung ...	47
2. Ermittlung der unionsinternen Anwendung von Unionsabkommen	48
3. Möglichkeiten der unionsinternen Anwendung von Unionsabkommen	49
a) Unmittelbare Anwendung	49
b) Mittelbare Anwendung	51
c) Unionsabkommenskonforme Auslegung	52
C. Zusammenfassung	54
Teil 2: Die Vorgaben des WTO-Rechts zu seiner dezentralen Durchsetzung	55
A. Die grundsätzliche Möglichkeit der dezentralen Durchsetzbarkeit des WTO-Rechts	56
I. Kein a priori-Ausschluss der dezentralen Durchsetzbarkeit	56

II. Die Eignung des WTO-Rechts zur internen Anwendbarkeit	57
1. Die Eignung des WTO-Rechts zur internen Anwendbarkeit auf Grund seiner individualschützenden Zielsetzung	58
a) Die Begünstigung der Privatwirtschaft als Rechtsreflex des WTO-Rechts	58
b) Individualschutz als Ziel der WTO	60
2. Die Eignung des WTO-Rechts zur internen Anwendbarkeit auf Grund seiner auf internes Recht bezogenen Regelungen	62
a) Allgemeine interne Wirkungen des WTO-Rechts	62
b) Verpflichtungen im WTO-Recht zur Gewährung von internen Individualrechten	64
c) Verpflichtungen im WTO-Recht zur Einrichtung von internen Beschwerde- und Rechtsdurchsetzungsverfahren	66
3. Die Eignung des WTO-Rechts zu verschiedenen Formen der internen Anwendbarkeit	68
III. Interne Geltung und Vorrang des WTO-Rechts	69
B. Dezentrale Durchsetzung durch in den WTO-Abkommen normierte Verpflichtung zur internen Anwendung von WTO-Recht	70
I. Ermittlung der Vorgaben zur internen Anwendung	70
II. Dezentrale Durchsetzung durch Verpflichtung zur unmittelbaren Anwendung	74
1. Verpflichtung zur unmittelbaren Anwendung des WTO- Rechts im ÜWTO	74
2. Verpflichtung zur unmittelbaren Anwendung des TRIPS	76
3. Verpflichtung zur unmittelbaren Anwendung von WTO-Recht in den Regelungen über interne Beschwerdeverfahren	78
a) Art. X:3 (b) GATT	78
b) Art. VI (2) b) GATS	78
c) Art. XX GPA	78
d) Weitere Abkommen	80
4. Zusammenfassung	80
III. Dezentrale Durchsetzung durch Verpflichtung zur mittelbaren Anwendung	81
1. Die Regelungen über die Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums im TRIPS – Verpflichtung zur dezentralen Durchsetzung durch mittelbare Anwendung?	81
a) Verpflichtung zur mittelbaren Anwendung des TRIPS in den einzurichtenden zivilprozessualen Verfahren	82

b) Verpflichtung zur mittelbaren Anwendung des TRIPS in den einzurichtenden verwaltungsprozessualen Verfahren ..	84
c) Verpflichtung zur mittelbaren Anwendung des TRIPS in den einzurichtenden Strafverfahren	87
d) Zusammenfassung	87
2. Die Regelungen über interne Beschwerdeverfahren – Verpflichtung zur dezentralen Durchsetzung von WTO-Recht durch mittelbare Anwendung?	88
a) Prüfungsmaßstab des Art. X:3 (b) GATT	89
b) Prüfungsmaßstab des Art. VI (2) b) GATS	91
c) Prüfungsmaßstab des Art. 11 (1) CVA und des Art. 3 (5) e) ILP	91
d) Prüfungsmaßstab des Art. 5.2.8 TBT	92
e) Prüfungsmaßstab des Art. XX GPA	93
aa) Vorgaben des Art. XX GPA an die Ausgestaltung des internen Beschwerdeverfahrens	93
bb) Vorgaben des Art. XX GPA hinsichtlich des Prüfungsmaßstabs	94
f) Prüfungsmaßstab des Art. 23 SCM und des Art. 13 ADÜ ..	98
g) Prüfungsmaßstab des Art. 59 TRIPS	99
h) Prüfungsmaßstab des Art. 62 Abs. 5 TRIPS	100
i) Bewertung	100
3. Die Regelungen über interne Interimsüberprüfungen – Verpflichtung zur dezentralen Durchsetzung von WTO-Recht durch mittelbare Anwendung?	102
IV. Dezentrale Durchsetzung durch Verpflichtung zur WTO- rechtskonformen Auslegung internen Rechts	103
V. Zusammenfassung	104
C. In den WTO-Abkommen angelegte Dezentralisierung von Aufgaben der Normdurchsetzung	105
I. Die Übereinkommen über unilaterale Ausgleichsmaßnahmen – Ermöglichung der dezentralen Durchsetzung des WTO-Rechts gegenüber Drittstaaten?	105
1. Die Voraussetzungen von unilateralen Ausgleichsmaßnahmen	106
a) Ausgleichsmaßnahmen gegen Subventionen	106
b) Antidumpingmaßnahmen	108
2. Das durch Ausgleichsmaßnahmen durchzusetzende WTO- Recht	109
a) Die Beurteilung von Subventionen im WTO-Recht	109

b) Die Beurteilung von Dumping im WTO-Recht	110
3. Durchsetzung des WTO-Rechts durch unilaterale Ausgleichsmaßnahmen?	111
4. Bewertung	112
II. Das Übereinkommen über Vorversandkontrollen	114
1. Das PSI-Verfahren	115
2. Die Durchsetzung von WTO-Recht im Rahmen des PSI- Verfahrens	116
a) Durchsetzung von Bestimmungen des PSI	116
b) Durchsetzung von Bestimmungen anderer WTO- Abkommen	117
3. Bewertung	118
D. Zusammenfassung	118
Teil 3: Geltung und Verbindlichkeit des WTO-Rechts in der Europäischen Union	121
A. Die WTO-Übereinkommen als gemischte Abkommen	122
I. Entwicklung der Vertragsabschlusskompetenzen der Union bis zum Vertrag von Lissabon	122
II. Die unionsinterne Geltung des WTO-Rechts als gemischtes Abkommen	124
1. Völkerrechtliche Bindung gemischter Abkommen	124
2. Reichweite der unionsinternen Geltung gemischter Abkommen	125
a) Ansichten in der Literatur	125
b) Die EuGH-Rechtsprechung	126
c) Stellungnahme	129
III. Konsequenzen der eingeschränkten unionsinternen Geltung des WTO-Rechts	131
B. Änderungen durch den Vertrag von Lissabon	132
I. Die Vertragsabschlusskompetenzen der Union nach dem Vertrag von Lissabon	132
II. Geltung des WTO-Rechts in der EU nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon	134
III. Konsequenzen für die WTO-Mitgliedschaft der EU- Mitgliedstaaten	134
C. Zusammenfassung	136

Teil 4: Die unionsinterne Anwendung des WTO-Rechts und die Folgen für dessen dezentrale Durchsetzung	137
A. Unmittelbare Anwendung des WTO-Rechts	137
I. Unmittelbare Anwendung des WTO-Rechts bei der Überprüfung der Rechtmäßigkeit von Unionshandlungen	138
1. Begründung der Ablehnung der unmittelbaren Anwendung des GATT 47	139
2. Die neue Argumentationsstruktur des EuGH zum WTO-Recht	140
a) Das Gegenseitigkeitsargument	141
aa) Ablehnung der unmittelbaren Anwendung des WTO-Rechts auf Grund des Gegenseitigkeitsprinzips	141
bb) Das Gegenseitigkeitsprinzip als Grundsatz des WTO-Rechts	143
b) Das Verhandlungsspielraumargument	145
3. Die Prinzipien der Gegenseitigkeit und des Verhandlungsspielraums als juristisches Konzept der dezentralen Anwendung des WTO-Rechts in der EU	147
4. Ausnahme: Nichtigkeitsklagen der Kommission?	147
5. Ausnahme: Unmittelbare Anwendung des TRIPS?	149
II. Unmittelbare Anwendung des WTO-Rechts bei der Überprüfung der Rechtmäßigkeit von Handlungen der Mitgliedstaaten durch den EuGH	150
1. Das Urteil Kommission/Deutschland	151
a) Die Schlussanträge des Generalanwalts	152
b) Das EuGH-Urteil	153
c) Bewertung	154
2. Rechtfertigung der Divergenz zwischen der Kontrolle von Unions- und mitgliedstaatlichen Handlungen hinsichtlich ihrer Konformität mit WTO-Recht	155
a) Wortlaut der ständigen EuGH-Rechtsprechung zum WTO-Recht	156
b) Haftung der Union bei Verletzungen des WTO-Rechts durch Mitgliedstaaten	157
c) Die Prinzipien der Gegenseitigkeit und des handelspolitischen Verhandlungsspielraums der Unionsorgane	159
d) Systematik der Wirkungen von Unionsabkommen	161
e) Einheit der Unionsrechtsordnung	162

3. Umfang der unmittelbaren Anwendung des WTO-Rechts bei der Überprüfung von Handlungen der Mitgliedstaaten durch den EuGH	163
a) Beschränkung auf mitgliedstaatliche Handlungen, die nicht auf WTO-rechtswidrigem Unionsrecht beruhen	163
b) Beschränkung auf Vertragsverletzungsverfahren	164
c) Beschränkung hinsichtlich der Kompetenzen der Union ...	165
4. Relevanz der unmittelbaren Anwendung des WTO-Rechts gegenüber den Mitgliedstaaten durch den EuGH für dessen dezentrale Durchsetzung	166
III. Unmittelbare Anwendung des WTO-Rechts bei der Überprüfung von Handlungen der Mitgliedstaaten durch nationale Gerichte ..	168
1. Unionsrechtliche Vorgaben zur unmittelbaren Anwendung des WTO-Rechts durch nationale Gerichte	169
a) Unmittelbare Anwendung von WTO-Recht in Bereichen, in denen noch kein Unionsrecht erlassen ist	170
b) Unmittelbare Anwendung von WTO-Recht in Bereichen, in denen bereits Unionsrecht erlassen ist	173
2. Unmittelbare Anwendung des WTO-Rechts durch nationale Gerichte der Mitgliedstaaten	177
a) Voraussetzungen der unmittelbaren Anwendung des WTO-Rechts in Deutschland	177
b) Rechtsprechung deutscher Gerichte	178
c) Schlussfolgerungen aus der Rechtsprechung	181
3. Relevanz der unmittelbaren Anwendung des WTO-Rechts durch nationale Gerichte der Mitgliedstaaten für dessen dezentrale Durchsetzung	182
IV. Zusammenfassung	185
B. Mittelbare Anwendung des WTO-Rechts	185
I. Mittelbare Anwendung des WTO-Rechts bei der Überprüfung von Unionshandlungen im Rahmen der Nakajima-Rechtsprechung	186
1. Das Urteil Nakajima	186
2. Die Nakajima-Folgerechtsprechung	188
a) Anwendung der Nakajima-Rechtsprechung	188
aa) Die Urteile NMB Deutschland und NMB France SARL	188
bb) Das Urteil NTN und Koyo Seiko	189
cc) Die Urteile Portugal/Rat und BEUC	189
dd) Das Urteil Petrosub und Republica	190

ee) Das Urteil Reliance	192
ff) Das Urteil Italien/Kommission	192
b) Nichtanwendung der Nakajima-Rechtsprechung	193
aa) Das Urteil van Parys und weitere Urteile zur Bananenmarktordnung	193
bb) Das Urteil Biret	196
cc) Das Urteil Engenberger	196
dd) Das Urteil IKEA Wholesale	198
ee) Weitere Urteile	201
3. Einordnung der Nakajima-Rechtsprechung: Ausnahmetatbestand, selbstständiges Überprüfungs- oder bloßes Auslegungsinstrument?	201
a) Nakajima-Rechtsprechung als Instrument zur Überprüfung von Unionshandlungen am Maßstab des WTO-Rechts	201
b) Die mittelbare Anwendung des WTO-Rechts im Rahmen der Nakajima-Rechtsprechung	205
4. Die Anwendungsvoraussetzungen der Nakajima- Rechtsprechung	206
a) Erste Voraussetzung: Anforderungen an die Qualität der „bestimmten“ Verpflichtung	207
b) Zweite Voraussetzung: Anforderungen an die Qualität der vermittelnden Unionshandlung	210
aa) Ermittlung der Umsetzungsabsicht aus subjektiven Gesichtspunkten	211
(1) Die Rechtsprechung zum Antidumping- und Antisubventionsrecht	211
(2) Die Rechtsprechung zu den Bananenmarktverordnungen	212
bb) Ermittlung der Umsetzungsabsicht aus dem Umsetzungsverhalten unter Bezugnahme auf handelspolitische Erwägungen	214
cc) Ermittlung der Umsetzungsabsicht in Abgrenzung zum Willen, völkerrechtlichen Verpflichtungen nachzukommen	215
dd) Ermittlung der Umsetzungsabsicht unter objektiven Gesichtspunkten	217
ee) Bewertung	219

5. Eigene These zur Auslegung der	
Anwendungsvoraussetzungen: Verpflichtungen des WTO-	
Rechts als Ausgangspunkt	221
a) Die These	221
b) Die „bestimmten Prüfungsverpflichtungen“ im WTO-	
Recht	222
c) Historische Argumentation: Änderung der Nakajima-	
Rechtsprechung durch den Übergang vom GATT 47 zum	
WTO-Recht	224
aa) Verrechtlichung des Welthandels	224
bb) Änderung der Begründung der Ablehnung der	
unmittelbaren Anwendung des Welthandelsrechts	225
cc) Änderung der Nakajima-Rechtsprechung	226
dd) Zusammenfassung	228
d) Semantische Argumentation: Kein entgegenstehender	
Wortlaut	228
e) Teleologische Argumentation: Einhaltung des	
Reziprozitätsprinzips	229
f) Praxisrelevante Argumentation: Überprüfung der	
Nakajima-Folgerechtsprechung	231
6. Reichweite der Nakajima-Rechtsprechung nach der eigenen	
These	234
a) Antidumpingrecht	234
b) Antisubventionsrecht	235
c) Vergaberecht	236
d) TRIPS	240
7. Relevanz der mittelbaren Anwendung des WTO-Rechts im	
Rahmen der Nakajima-Rechtsprechung für dessen dezentrale	
Durchsetzung	242
II. Mittelbare Anwendung des WTO-Rechts bei der Überprüfung	
von Unionshandlungen im Rahmen der Fediol-	
Rechtsprechung	245
1. Das Urteil Fediol	245
2. Die Fediol-Folgerechtsprechung	247
a) Fortsetzung im WTO-Recht	247
b) Die Urteile zur Bananenmarktordnung	247
c) Das Urteil Kloosterboer	248
3. Anwendungsvoraussetzungen der Fediol-Rechtsprechung	248

4. Umfang der Fediol-Rechtsprechung	250
a) Entscheidungen im Rahmen der Handelshemmnisverordnung	250
b) Ausweitung auf die Überprüfung von handelspolitischen Maßnahmen	251
c) Zusammenfassung	254
5. Einordnung der Fediol-Rechtsprechung	254
6. Abgrenzung der Fediol- zur Nakajima-Rechtsprechung	255
7. Relevanz der mittelbaren Anwendung des WTO-Rechts im Rahmen der Fediol-Rechtsprechung für dessen dezentrale Durchsetzung	256
III. Mittelbare Anwendung des WTO-Rechts bei der Überprüfung drittstaatlicher Handelspraktiken durch die handelspolitischen Schutzinstrumente der Union	258
1. Die Handelshemmnisverordnung	258
a) Voraussetzungen zum Tätigwerden der Union	259
b) Mittelbare Anwendung des WTO-Rechts im Rahmen der Handelshemmnisverordnung	261
c) Verfahrensablauf	263
d) Dezentrale Durchsetzung des WTO-Rechts durch die Handelshemmnisverordnung	264
2. Die Antisubventions- und Antidumpinggrundverordnung	265
3. Relevanz der mittelbaren Anwendung des WTO-Rechts im Rahmen der handelspolitischen Schutzinstrumente für dessen dezentrale Durchsetzung	266
IV. Mittelbare Anwendung des WTO-Rechts bei der Überprüfung von Handlungen der Mitgliedstaaten durch nationale Gerichte ..	267
V. Zusammenfassung	269
C. Anwendung des WTO-Rechts im Rahmen der Verpflichtung zur WTO-rechtskonformen Auslegung	270
I. Unionsrechtliche Verpflichtung zur WTO-rechtskonformen Auslegung von Unions- und mitgliedstaatlichem Recht	271
1. Verpflichtung zur WTO-rechtskonformen Auslegung des Sekundärrechts	271
2. Verpflichtung zur WTO-Rechtskonformen Auslegung nationalen Rechts	272
II. Umfang und Grenzen der Verpflichtung zur WTO- rechtskonformen Auslegung	275
1. Die unionsrechtskonforme Auslegung als Vergleichsfolie	276

2. Anwendungsbereich und Voraussetzungen der Verpflichtung zur WTO-rechtskonformen Auslegung	278
3. Inhalt und methodische Vorgaben der Verpflichtung zur WTO-rechtskonformen Auslegung	280
a) Vorzugsregel: „soweit wie möglich“ Auslegung am WTO-Recht	280
b) Umsetzungsvermutungsregel	282
c) Methodische Gleichbehandlung von WTO-Recht und Unions- bzw. nationalem Recht	282
4. Grenzen der Verpflichtung zur WTO-rechtskonformen Auslegung	287
a) Die unionsrechtliche Kompetenzordnung	287
b) Das anzuwendende Methodenspektrum	288
aa) Unionsrechtliches Methodenspektrum	288
bb) Mitgliedstaatliches Methodenspektrum	289
c) Allgemeine Rechtsgrundsätze	290
d) Die Schwelle zur unmittelbaren Anwendung des WTO-Rechts gegenüber Unionsrecht	292
5. Zusammenfassung	294
III. Abgrenzung und Verhältnis der WTO-rechtskonformen Auslegung zur mittel- und unmittelbaren Anwendung des WTO-Rechts	295
IV. Abgrenzung der WTO-rechtskonformen Auslegung zur Auslegung des WTO-Rechts durch den EuGH	297
V. Relevanz der WTO-rechtskonformen Auslegung für die dezentrale Durchsetzung des WTO-Rechts	299
D. Nichtanwendung des WTO-Rechts durch Hinzuziehen von Unionsrecht	303
E. Zusammenfassung	305
Teil 5: Prozessuale Möglichkeiten der dezentralen Durchsetzung des WTO-Rechts in der Europäischen Union	306
A. Dezentrale Durchsetzung gegenüber Unionshandlungen	306
I. Prozessuale Möglichkeiten von Organen der EU und Mitgliedstaaten	306
II. Prozessuale Möglichkeiten von natürlichen und juristischen Personen	307
1. Einleitung eines WTO-Streitbeilegungsverfahrens durch ein drittes WTO-Mitglied	307

2. Nichtigkeitsklage	308
a) Nichtigkeitsklage gegen unilaterale Ausgleichsmaßnahmen	308
b) Nichtigkeitsklage gegen Entscheidungen gemäß der Handelshemmnisverordnung	310
3. Schadensersatzklage	313
4. Innerstaatlicher Rechtsschutz	314
B. Dezentrale Durchsetzung gegenüber Handlungen der Mitgliedstaaten	317
I. Prozessuale Möglichkeiten von Organen der EU und der Mitgliedstaaten	317
II. Prozessuale Möglichkeiten von natürlichen und juristischen Personen	317
C. Dezentrale Durchsetzung gegenüber Handlungen von Drittstaaten ...	318
I. Die Handelshemmnisverordnung	319
II. Die Antisubventionsverordnung	319
D. Dezentrale Durchsetzung gegenüber Privaten	322
I. Die Antidumpinggrundverordnung	322
II. Das Übereinkommen über Vorversandkontrollen	323
Teil 6: Funktionaler Zusammenhang zwischen zentraler und dezentraler Durchsetzung des WTO-Rechts	325
A. Die zentrale Durchsetzung des WTO-Rechts	325
I. Das WTO-Streitbeilegungsverfahren	325
II. Der Trade Policy Review Mechanism	328
B. Funktionen der zentralen und dezentralen Durchsetzung	328
C. Formen eines Zusammenhangs zwischen zentraler und dezentraler Durchsetzung	331
D. Zusammenhang zwischen zentraler und dezentraler Durchsetzung des WTO-Rechts de lege lata	333
I. Autonome dezentrale Durchsetzung des WTO-Rechts	334
1. Autonome dezentrale Durchsetzung gegenüber eigenen Handlungen	334
2. Autonome dezentrale Durchsetzung gegenüber Drittstaaten ..	335
II. Die WTO-Regelungen über interne Beschwerdeverfahren	336
1. Die local remedies rule	336
2. Weitere Zusammenhänge	339

III. Die Übereinkommen über unilaterale Ausgleichsmaßnahmen ...	339
IV. PSI-Verfahren	341
E. Verknüpfung von zentraler und dezentraler Durchsetzung de lege ferenda: Ein Vorabentscheidungsverfahren auf WTO-Ebene?	341
I. Ausgestaltungsmöglichkeiten eines Vorabentscheidungsverfahrens	342
II. Auslegung des WTO-Rechts im Rahmen eines Vorabentscheidungsverfahrens	342
III. Vorteile eines Vorabentscheidungsverfahrens auf WTO-Ebene ..	344
IV. Errichtung eines Vorabentscheidungsverfahrens als Weg zur unmittelbaren Anwendung des WTO-Rechts?	345
F. Zusammenfassung	346
Teil 7: Ergebnisse in Thesen	347
Anhang: Short English Summary	353
Literaturverzeichnis	355